

Vorlage zur Kenntnisnahme

Gremium	Sitzungsart	Zuständigkeit	Datum
Werkausschuss	öffentlich	Kenntnisnahme	13.09.2022

Tagesordnungspunkt

Übernahme ukrainischer Flüchtlinge in die Zuständigkeit des Jobcenters

Sachlage:

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat in Europa eine sehr große Flüchtlingsbewegung ausgelöst. Auch in Deutschland wurden in den letzten Monaten viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen.

Dem Landkreis Mayen-Koblenz wurden bis Ende Juli 2022 etwa 2.100 ukrainische Flüchtlinge zur Unterbringung und Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zugewiesen. Die Unterbringung und Leistungsgewährung erfolgt zunächst durch die Sozialämter der Stadt- und Verbandsgemeinden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Auf Grund der Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms durch den Rat der Europäischen Union (04.03.2022) und nachgelagerter deutscher Gesetze und Verordnungen erhalten ukrainische Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Hierdurch entfällt die Beantragung von Asyl und der damit verbundene erhebliche Verwaltungsaufwand.

Um für diese Personengruppe einen einfacheren Arbeitsmarktzugang und eine effektive Betreuung hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration zu eröffnen, wurde Ende Mai 2022 gesetzlich festgelegt, dass die Leistungsgewährung und Arbeitsmarktintegration über die Jobcenter sichergestellt werden soll. Die Unterbringung bleibt in der Zuständigkeit der Kommunen.

Sobald die betroffenen Personen eine Aufenthaltsgestattung nach § 24 AufenthG bei der Ausländerbehörde (= Kreisverwaltung Mayen-Koblenz) beantragen und dort ein vorläufiges Ausweisdokument, d. h. eine sog. Fiktionsbescheinigung erhalten, wechselt die Person im Folgemonat in die Zuständigkeit des Jobcenters. Neben der Leistungsgewährung erfolgt im Jobcenter eine individuelle Betreuung hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration, bei einer Vielzahl der Personen steht der Erwerb der deutschen Sprache im Vordergrund, diesbezüglich werden Berechtigungen für Integrationskurse ausgegeben.

Im Rahmen der Sitzung werden die aktuelle Entwicklung und Fallzahlen vorgestellt.